

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

3. JAHRGANG

JANUAR 1952

HEFT 1

WER DAS STAMMELN VERSTUNDE DERER / DIE UBRIGBLIEBEN,
WER SIE VERSTUNDE, DIE UNERLOSTE SPRACHE EUROPAS,
OH, IHM WURDEN DIE STEINE SICH FUGEN
WIE EINST DEM SÄNGER DER GRIECHEN,
OH, ER WURDE UNS BAUEN DAS HAUS UNSERER SEHNSUCHT,
LANGE DARIN ZU LEBEN / IM FRIEDEN.

Hannah Vogt

Ludwig Rosenberg

EUROPA — ANFANG ODER ENDE?

Das Jahr 1951 war in vieler Beziehung ein ungewöhnliches Jahr. Gewiß könnte man sagen, daß wir überhaupt in einer Zeit leben, die sich durch die Überstürzung erregender Ereignisse auszeichnet und in der man nahezu jeden Tag und seine politischen und wirtschaftlichen Vorgänge als ungewöhnlich bezeichnen dürfte. Das aber ist es nicht, wenn ich hier davon spreche, daß das abgeschlossene Jahr ein ungewöhnliches war.

Es sind nicht so sehr jene Vorgänge, die in den Überschriften der Tageszeitungen und in den Leitartikeln der Monatsschriften besonders hervortreten, die mich zu dieser Anschauung veranlassen. Es sind vielmehr gewisse Entwicklungen, die noch keineswegs abgeschlossen sind, deren Fortgang auch mit Sicherheit noch nicht vorauszusagen ist und die im Hinblick auf jene Geschehnisse, die im echt journalistischen Sinne „News“ sind, in Zeitungen und Zeitschriften nicht den ersten Platz einzunehmen pflegen.

Europa — das heißt der Gedanke, ein Vereintes Europa zu schaffen, die Balkanisierung dieses Erdteils oder des Teiles, der frei über sich verfügen kann, zu bekämpfen — dieser Gedanke hat im Jahre 1951 Fortschritte gemacht. Das ist eine kühne Behauptung, denn wenn man die Berichte über alle jene Konferenzen liest, die sich mit dieser Aufgabe beschäftigen, wenn man den politischen Hintergrund betrachtet, auf dem sich alles dies abspielt, so wird man — bei oberflächlicher Betrachtung — gewiß nicht von Optimismus gepackt. Viel eher neigt man wohl dazu, die nahezu unüberwindlichen Hemmnisse zu sehen, die sich immer wieder der Verwirklichung dieser kühnen und notwendigen Idee entgegenstellen, und man ist versucht, an der praktischen Durchführung der vielen Pläne zu verzweifeln, denen, sobald sie bekannt werden, von allen Seiten nachgewiesen zu werden scheint, daß sie unmöglich durchgeführt werden können.

Und doch — bei aufmerksamer und leidenschaftsloser Betrachtung dessen, was in der Frage der Vereinigung Europas im Jahre 1951 geschah — müssen wir feststellen, daß diese große Idee in den vergangenen zwölf Monaten manchen Schritt ihrer Verwirklichung näher gekommen ist.

Die Verhandlungen des Europarates in Straßburg zeigen zwar keineswegs das einheitliche Bild einer Gemeinschaft von Völkern, die ernsthaft ihre

Souveränität zugunsten einer echten internationalen europäischen Gemeinschaft aufzugeben bereit sind — aber sie zeigen ein stärkeres Sich-Beschäftigen mit einzelnen Problemen dieser Frage als bisher. Die Teilfragen, deren Bedeutung für das Ganze wesentlicher ist als grundsätzliche Auseinandersetzungen, nehmen einen immer größeren Raum in den Besprechungen der „Europäer“ in Straßburg ein und führen sie — gewollt oder ungewollt — schließlich wieder zum Ganzen.

Die Frage, die noch immer hinter allen Schwierigkeiten der Lösung von Einzelfragen steht, ist die, ob eine Lösung auf „funktionellem“ oder „föderalistischem“ Wege durchführbar erscheint. Das Endziel ist in jedem Fall ganz offensichtlich die Föderation — auch wenn das nicht überall offen ausgesprochen wird. Sie ist es, weil es schließlich keine andere dauerhafte Lösung geben kann. Der Weg dorthin scheint lang — endlos lang — zu sein. Schon im Jahre 1950 war die Entscheidung im Sinne des Funktionalismus gefallen. Man hatte sich den energischen Widerständen insbesondere Großbritanniens gefügt und fand schließlich einen Ausweg, der von dem britischen Labour-Abgeordneten *Ronald Mackay* vorgeschlagen worden war, der einen Kompromißvorschlag in der Form eines „funktionellen Föderalismus“ vorlegte.

Würde man versuchen, die grundsätzlichen Gegensätze der beiden „Richtungen“ in Straßburg kurz zu skizzieren, so könnte man etwa sagen, daß die Föderalisten durch Massenbewegung in den Völkern ihre Regierungen zum sofortigen Abschluß eines Bundespaktes veranlassen wollen — eines Bundespaktes, der einen Bundesstaat begründen würde. Die Funktionalisten wollen über Verhandlungen der Regierungen zu Lösungen auf Einzelgebieten der Wirtschaft und der Politik gelangen und unter starker Betonung der noch verbleibenden Souveränitätsreste einen Staatenbund ins Leben rufen, der als Vorstufe eines Bundesstaates gedacht ist. Während sich die Föderalisten auf die stärksten Volksbewegungen innerhalb der Europäischen Bewegung stützen, darunter auch die der sozialistischen Europaorganisationen, wird der funktionelle Standpunkt mit besonderem Nachdruck von Großbritannien und anderen Regierungen vertreten. Daran hat sich Wesentliches auch im Jahre 1951 nicht geändert. Geändert hat sich lediglich, daß man sich heute mehr als vorher mit praktischen Einzelfragen befaßt und durch das Vorhandensein funktioneller Vorschläge zu nicht nur theoretischer Stellungnahme gezwungen ist.

In diesem Zusammenhang ist auch jetzt wieder die Haltung Großbritanniens von Bedeutung, in der die Beantwortung der Frage nach der europäischen oder der sogenannten „kleineuropäischen“ Lösung, der Vereinigung Europas ohne England, liegt. Hier trat das ein, was Kenner der englischen Politik erwarten mußten: es besteht kein Unterschied in der Beurteilung dieses Problems zwischen *Attlee und Churchill*. „Winston“, der „dynamische Europäer“, als der er gern erschien, bevor er für die Geschicke seines Landes verantwortlich zeichnete, ist als britischer Premierminister genau soviel oder ebensowenig geneigt wie sein Vorgänger Attlee, die besonderen Interessen seines Landes einer europäischen Vereinigung zu opfern. Es wird also auch jetzt nichts anderes übrigbleiben, als die kleineuropäische Lösung dem völligen Verzicht auf eine Vereinigung Europas vorzuziehen. Und auch in diesem Fall kann damit gerechnet werden, daß Großbritannien sich zu geschaffenen Tatsachen anders einstellen wird als zu noch nicht verwirklichten Vorschlägen. In der einen oder anderen Form wird das europäische England mit und in dieser Organisation seine Rolle spielen müssen und spielen wollen.

Eine nicht unwesentliche Erscheinung, die vielleicht in der europäischen Öffentlichkeit im Jahre 1951 nicht hinreichend beachtet wurde, war das immer

stärker werdende Interesse der Vereinigten Staaten an einem schnellen und wirksamen Zusammenschluß Europas. Zunächst vorsichtig, dann deutlicher und schließlich sehr eindeutig wiesen amerikanische Regierungssprecher und Vertreter in der Öffentlichkeit und in direkten Verhandlungen darauf hin, daß die USA nicht endlos die Finanzierung eines balkanisierten Europas zu bestreiten bereit sind. Und wenn irgendwo sicherlich wieder die Vorwürfe einer Einmischung des „USA-Imperialismus“ in europäische Verhältnisse auf Grund dieser Mahnungen erhoben werden sollten, ist es vielleicht an der Zeit, die Regierungen Europas daran zu erinnern, daß in den meisten Fällen die sogenannten Souveränitäten, auf die sie so stolz sind und auf deren Erhaltung sie so viel Mühe verwenden, nur auf Grund der jahrelangen finanziellen und anderen Hilfe der USA bestehen und daß ihre sonstige Souveränität zum wesentlichen Teil eine Fiktion ist, von der sie sehr wohl wissen, daß sie höchstens in einem geeinten Europa gemeinsam wiedergewonnen werden kann.

Psychologisch unglücklich und politisch falsch ist es allerdings, die Vereinigung Europas unter dem Motto der gemeinsamen Verteidigung voranzutreiben, oder an die Aufhebung von besonderen Beschränkungen insbesondere in Deutschland die Beteiligung an europäischen Gemeinschaftsplänen als Bedingung zu knüpfen. Solche „Bedingungen“ — ob als solche ausgesprochen oder auch nur vorausgesetzt — erschweren den besten Kräften im Kampf für eine europäische Einigung die von ihnen sich selbst gestellte Aufgabe. Sie sind hinderlich und peinlich. Berechtigt ist es durchaus, daß die USA darauf hinweisen, daß sie es satt sind, die Impotenz Europas immer wieder zu finanzieren und daß sie alles energisch unterstützen, was auf eine echte Einigung der Europäer und eine vernünftige wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit hinweist. Diese Haltung sind sie ihrem eigenen Volk — das ja schließlich die Gelder aufzubringen hat — und den Europäern schuldig, die nicht immer im unwürdigen Zustand des Almosenempfängers verbleiben dürfen.

Sie werden dabei sicherlich auf die Unterstützung jener Bewegung rechnen können, die nicht nur aus ideologischen, sondern aus sehr praktischen Gründen an der Spitze des Kampfes für ein vereintes Europa steht: der *Europäischen Bewegung*. Diese Bewegung hat im vergangenen Jahre in Konferenzen und Sachbesprechungen bedeutende Arbeit geleistet. Aus den Schwierigkeiten der Anfangszeit scheint sie in das Stadium sehr praktischer Arbeiten gekommen zu sein und hat sachlich und psychologisch Bedeutendes getan, um die Arbeiten des Europarates zu befruchten, die Volksmeinung zu gewinnen und oft sehr schwierige Probleme anzupacken. Es sei unter anderem auf die Tagung in Hamburg hingewiesen, in der das Deutschlandproblem in aller Offenheit und Deutlichkeit erörtert wurde.

Die Bedeutung dieser Volksbewegung, in der alle politischen und konfessionellen Gruppen — alle Europäer, die es mit Europa ernst meinen — gemeinsam für die praktische Verwirklichung dieser großen Idee kämpfen, kann, und darf nicht unterschätzt werden. Sie hat sich zweifellos als ein nicht wegzudenkender Motor des Europagedankens erwiesen und wird auch in der Zukunft noch große Aufgaben zu erfüllen haben.

Wenn wir also die Bilanz des Jahres 1951 ziehen und uns fragen, was wir für die Vereinigung Europas vom Jahre 1952 erwarten dürfen, so können wir — ohne allzu optimistisch zu sein — sicherlich sagen, daß uns das Jahr 1952 dem Ziel wesentlich näher bringen wird. Es wäre utopisch zu hoffen, daß es uns bereits das „Vereinte Europa“ bringen würde. Wir werden ihm näher kommen — nicht so nahe wie wir vielleicht hoffen, nicht so wenig nahe wie es viele Pessimisten wohl glauben.

Man wird kaum hoffen dürfen, daß die Frage „Funktionalismus-Föderalismus“ in diesem Jahre entschieden wird. Sie wird wohl überhaupt nicht „grundsätzlich“ entschieden werden, sondern unter dem Zwang der funktionellen Lösungen wird der Föderalismus — vielleicht als eine Art „funktioneller Föderalismus“ (wenn es so etwas geben kann) entstehen müssen.

So sehr sich der Druck der USA in der oben angedeuteten Richtung verstärken wird — das scheint ganz außer Zweifel zu sein —, so wenig wird sich die Haltung Großbritanniens grundsätzlich ändern. Man wird sich immer mehr zwangsläufig mit der „kleineuropäischen“ Lösung zu beschäftigen haben und wenn auch zögernd, diesen Weg schließlich gehen in der Gewißheit, daß Großbritannien nach Regelung der vielen augenblicklich seine Regierung beschäftigenden internationalen Konflikte bestimmt einen Weg der Zusammenarbeit und Mitarbeit finden wird.

Es wäre zu wünschen und es ist auch zu erwarten, daß im kommenden Jahre die sozialistische Bewegung in den europäischen Ländern einen stärkeren und aktiveren Anteil an der Gestaltung der praktischen Wege zur Vereinigung Europas nehmen wird. Sie war — daran ist kein Zweifel — lange Zeit hindurch durch die Argumente der britischen Labour Party stark beeinflusst. Jetzt, da die Labour Party nicht mehr die Verantwortung für die britische Regierung trägt, gewinnt auch sie mehr Freiheit, ohne daß zu erwarten ist, daß sie ihre grundsätzliche Haltung etwa ändern würde. Aber jene Kreise in der britischen sozialistischen Bewegung, die bisher gewissermaßen inoffiziell und „nur als Person“ aktiv an den Arbeiten der Europäischen Bewegung teilnahmen, gewinnen sicherlich mehr Bewegungsmöglichkeit und offiziellen, wenn nicht schon offiziellen Status. Außerdem zeigt sich eine stärkere Aktivität der sozialistischen Organisationen innerhalb der Europabewegung.

Auch die europäischen Gewerkschaften werden sich weiterhin sehr aktiv überall dort einschalten, wo praktische wirtschaftspolitische und soziale Fragen zu behandeln sind. Sie haben ihre Feuerprobe in den Schumanplanverhandlungen bestanden und bewiesen, daß sie in der Lage sind, wesentlich zum Gelingen und zur sachlichen Verbesserung dieser praktischen Vorschläge beizutragen.

Entscheidend für die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft im Jahre 1952 wird aber nicht nur die Arbeit der Kommissionen, Ausschüsse, Konferenzen usw. sein, sondern der Wille der Europäer, ein Vereintes Europa zu schaffen. Wir wissen, daß die Lösung dieser Frage nicht einfach ist, wir wissen, daß alle Lösungen Gefahren und Schwierigkeiten enthalten. Wir wissen, daß man Europa nicht von heute auf morgen zu einer echten Gemeinschaft der Völker zusammenschmieden kann und wir wissen, daß es in jedem Lande genügend Interessenten gibt, die eine solche Einigung nicht wünschen, weil sie Europa auf ihre Art einigen wollen und private Kartelle demokratisch kontrollierten europäischen Behörden vorziehen. Das alles wissen wir genau so, wie wir immer wieder erfahren, daß die Regierungen weniger mutig und fortschrittlich sind als die Völker, die sie zu vertreten vorgeben.

Ohne den Willen der Europäer schaffen auch Experten kein Europa, ohne den ständigen Druck der Völker werden die Staatsmänner nicht handeln. Das Jahr 1951 brachte uns einige Schritte vorwärts in Richtung auf unser Ziel — wie weit uns das Jahr 1952 diesem Ziel näher bringen wird, das hängt sehr entscheidend vom Willen jedes einzelnen Europäers ab, der sich nicht damit begnügen dürfte, auf der letzten Zeitungsseite die Berichte der Straßburger Versammlung zu überfliegen.